

# Übersichten

## Außenpolitik

\*(1)

### China auf der Menschenrechtskonferenz

Vom 14. bis 25. Juni fand in Wien die UNO-Menschenrechtskonvention statt, deren Ziel es sein sollte, die Fortschritte zu bewerten, die seit der Menschenrechtsdeklaration von 1948 erzielt wurden, sowie Mittel und Wege zu beraten, wie sich die Hindernisse auf dem Wege zu einer vollen Durchsetzung der Menschenrechte beseitigen ließen.

China, das mit einer 27köpfigen Delegation unter Leitung Liu Huaqins vertreten war, sah sich von vornherein in einer Verteidigungsposition und war offensichtlich fest entschlossen, der Strategie zu folgen, daß Angriff die beste Verteidigung sei.

Gleichzeitig intervenierte Liu dagegen, daß der nach Wien angereiste Dalai-Lama während der Eröffnungssitzung im Hauptgebäude anwesend war. (XNA, 13.6.93) Nur außerhalb des Konferenzgeländes konnte das geistliche Oberhaupt Tibets öffentlich das Wort an ein interessiertes Publikum - fast ausschließlich NRO-Angehörige (Nicht-Regierungsorganisationen) - richten. Gleichzeitig jedoch klatschte die chinesische Delegation dem Vertreter der Palästinenser, Arafat, Beifall, obwohl dessen Land sich in einer fast parallelen Lage zur Situation Tibets befindet.

China hielt sich auch strikt an die *offiziellen* UNO-Veranstaltungen und mied die Teilnahme an den NRO-Parallelveranstaltungen, auf denen nicht nur der Völkermord durch die Serben, sondern - eben! - auch die Tibet-Frage behandelt wurde.

Von seiner Tradition her hat China eine andere Menschenrechtsauffassung als der Westen: Dies hängt einmal damit zusammen, daß der Begriff des Individuums einen negativen Beiklang hat. Das "xiao wo" ("Kleine Ich") hat stets gegenüber dem Großen Ich, d.h. der Gemeinschaft, zurücktreten müssen. Geschützt werden im sozialen Netz nicht die Knoten, sondern die Maschen. Zweitens gelten zwar Güter wie Leben, Gesundheit und körperliche Unversehrtheit in China keineswegs weniger als in Europa. Insofern ist der Schutz dieser Rechtsgüter universal. Kulturspezifisch dagegen wird die Betrachtungsweise, sobald es um Abwägungsfragen geht: Zwei Werte sind nämlich nach chinesischer Auffassung nicht disponibel und werden deshalb höher eingeschätzt als individuelle Rechte, nämlich "Harmonie" und Ordnung/Stabilität - also *gesamtgesellschaftliche* Rechtsgüter.

In der chinesischen Argumentation taucht diese Überlegung in Form der Abwägung zwischen Individual- und Sozialrechten auf: Der einzelne habe in erster Linie ein Recht auf Leben und auf Entwicklung, nicht zuletzt auch ein Recht auf Freiheit von Armut, Unterernährung und Analphabetismus. Das Recht auf freie Rede, auf Wahl oder auf eine sonstige Art der individuellen Persönlichkeitsentfaltung trete demgegenüber weit zurück. Ferner (2) dürfe bei der Verfolgung der Menschenrechte keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staats erfolgen. China sei beispielsweise durch die Intervention der westlichen Mächte hundert Jahre lang daran gehindert worden, bessere Bedingungen für die Entwicklung des eigenen Landes und damit für den Schutz der Menschen zu schaffen. China werde sich eine solche Intervention kein zweites Mal mehr gefallen lassen. (XNA in SWB, 21.6.93; XNA, 19.6.93) Ferner (3) erfolge der Westen eine doppelte Moral (XNA nach SWB, 15. und 26.6.93): Die USA, Großbritannien und Frankreich hätten mindestens

200 Jahre gebraucht, bis sie sich "zu voller Demokratie" hätten entwickeln können. Amerikanische Frauen hätten erst 1920, d.h. sage und schreibe 144 Jahre nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit, ein Stimmrecht erhalten. Afro-Amerikaner hätten in den USA überhaupt erst seit 1965 mitwählen können. Die Zulassung von Rassen-diskriminierung, aber auch von Drogenkonsum, Kinderprostitution und Pornographie seien weitere Schönheitsfehler, über die gewisse westliche Länder in ihren eigenen Grenzen großzügig hinwegblickten. (4) Auch gehe es nicht an, daß Vorgänge in der Dritten Welt (und in manchmal bitterarmen Ländern) mit den Maßstäben des reichen Westens gemessen würden.

Der chinesische Vertreter verwies in diesem Zusammenhang auf die "Bangkok Declaration", in der das Recht auf Entwicklung als wichtigstes Element unter den Menschenrechten bezeichnet werde. (XNA, 8.6.93)

Mehrere Male verwies Hua auf das chinesische "Weißbuch über Menschenrechte in China" vom 1. November 1991, in dem "zum ersten Mal das Recht auf Leben als neues Konzept der Menschenrechte" verwiesen worden sei. Das "Right to Subsistence" sei das "mit Abstand wichtigste aller Menschenrechte, ohne das die anderen Rechte in der Luft" hingen. (XNA, 11.6.93) Entwicklung anderer Länder beim Aufbau, Kampf gegen Rassen-diskriminierung und der Kampf gegen fremde Aggression (man denke an die "Okkupation und Beherrschung Kambodschas, Afghanistans und anderer Länder") seien der beste Weg, die Menschenrechte auch wirklich durchzusetzen.

Es gebe "zwei verschiedene Auffassungen von Menschenrechten". Einige westliche Länder gingen davon aus, daß ein Viel-Parteien-System und der Parlamentarismus den idealen Nährboden für die Verwirklichung der Menschenrechte unentbehrlich seien. Die Entwicklungsländer andererseits glaubten, daß die Menschenrechte, obwohl sie als solche weltumspannend seien, stets im Kontext der verschiedenen nationalen und regionalen Eigenarten sowie vor dem historischen, kulturellen und religiösen Hintergrund behandelt werden müßten. -we-

\*(2)

**Absicherung gegen die "chinesische Drohung"**

Obwohl die VRCh nicht müde wird, immer wieder zu versichern, daß die sog. "chinesische Bedrohung" nichts anderes als ein böswilliges Gerücht sei, und obwohl beispielsweise auch der malaysische Ministerpräsident Mahathir bei seinem Besuch in Beijing diesen Komplex heruntergespielt hat, wollen doch vor allem die ASEAN-Länder hier am Ball bleiben und konkretere chinesische Selbstbeschränkungsgarantien erhalten.

Am 2. Juni 1993 kamen, ganz in diesem Sinn, die nichtkommunistischen Länder Asiens und des Pazifik mit der VR China in Kuala Lumpur darin überein, einen "Advisory Council for Security Cooperation" zu schaffen. Aufgabe des neuen Gremiums sei es, Militär- und Geheimdienstexperten zusammenzubringen und Fragen der gemeinsamen Sicherheit laufend zu diskutieren.

Ausgegangen war die Initiative von einer Konferenz von Vertretern aus zwölf asiatisch-pazifischen Ländern, die im Mai 1993 zum ersten Mal in Singapur zusammentraten und die Frage diskutierten, wie China, Vietnam und Rußland in Sicherheitsgespräche einbezogen werden könnten. Die Zwölf sind Australien, Kanada, Japan, Neuseeland, Südkorea, die Vereinigten Staaten und die sechs ASEAN-Mitglieder. Dieselbe Gruppe (minus Brunei und Neuseeland) stellt auch die Gründungsmitglieder des "Advisory Council". In Zukunft sollen China, Rußland und Vietnam Mitglieder dieses Councils werden. Der Name des neuen Gremiums soll dann "Council for Security Cooperation in the Asia-Pacific" lauten.

Die Gründung dieses Beratungsgremiums fiel zusammen mit einem Aufruf des malaysischen Verteidigungsministers Najib Razak, die VR China in der Region künftig nicht mehr als Bedrohung, sondern als Partner zu behandeln. (IHT, 10.6.93)

Nur wenige Wochen vorher hatte der chinesische Verteidigungsminister Chi Haotian dem Staat Malaysia einen Besuch abgestattet. (XNA in SWB, 1.6.93) Die achttägige Visite Chis wurde von Malaysia als eine demonstrative Bekundung für eine verbesserte bilaterale Zusammenarbeit interpretiert.

Von jetzt an wolle man, wie es in Kuala Lumpur hieß, mit China in einem ständigen "Dialog" bleiben. (XNA nach SWB, 15.6.93) In Zukunft müsse vor allem mehr Transparenz über die Waffenbestände geschaffen werden. (Kyodo nach SWB, 18.6.93) -we-

\*(3)

**Besuch des malaysischen Ministerpräsidenten**

Als politisches Hauptereignis im Juni 1993 wurde von den chinesischen Medien der China-Besuch des malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir herausgehoben, der vom 13. bis 22. Juni stattfand und an dem auch 143 Geschäftsleute teilnahmen.

Zwischen China und Malaysia bestehen diplomatische Beziehungen seit 1974. Mahathir hatte die Volksrepublik zuletzt 1985 besucht.

Von vielen Beobachtern wurde der Besuch vor allem deshalb genauer verfolgt, weil Mahathir der erste Politiker war, der den seit April von der politischen Szenerie abwesenden Ministerpräsidenten Li Peng wieder antreffen konnte. Über Li Pengs "Erkrankung" hatte es zahlreiche Spekulationen gegeben, die von Schier (C.a., Mai 1993, Ü 6) folgendermaßen kompiliert wurde: "Li Peng bekommt einen Schnupfen, weil er im Regen spazierengegangen ist. Aufgrund von Arbeitsüberlastung verschleppt er seine Erkältung, und sie entwickelt sich zu einer fiebrigen Lungenentzündung. Da Li gleichzeitig auf einer parteiinternen Sitzung von einigen Revolutionsveteranen kritisiert wird, erleidet er einen ersten Herzinfarkt. Während sich Li Peng danach gut erholt, wird ihm zugetragen, daß sein Gegenspieler, Zhu Rongji, ihn wirklich gut vertritt. Li regt sich darüber derart auf, daß er einen zweiten Herzinfarkt erleidet. Dieser erfordert eine Bypass-Operation. Bei den ärztlichen Untersuchungen wird nebenbei festgestellt, daß Li auch noch an Leberkrebs im Frühstadium leidet."

Alles Gerüchte, meinte Mahathir, der angeblich einen völlig gesunden Ministerpräsidenten antraf und sich im übrigen, aus verständlichen Gründen, weigerte, zu den bisherigen Gerüchten noch weitere Kommentare abzugeben.

Zu den Hauptgesprächspunkten gehörten die Spratley-Frage und die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen.

Malaysia erhebt neben einer Reihe anderer Staaten, u.a. Vietnam, Anspruch auf eine Reihe von Spratley-Inseln, die umgekehrt wiederum von China allein beansprucht werden. Zu diesem Zweck hatte die VRCh Anfang 1992 ein Gesetz erlassen, das die chinesischen Souveränitätsrechte in diesem Bereich näher definiert, und hatte außerdem einen Ölbohrkontrakt an eine amerikanische Firma vergeben.

Beide Seiten kamen darin überein, daß die Frage weiter mit diplomatischen, keinesfalls jedoch mit militärischen Mitteln gelöst werden solle.

Wesentlich erfolgreicher verliefen die wirtschaftlichen Besprechungen. Insgesamt kam es am Rande des Mahathir-Besuchs zur Unterzeichnung von 30 Vereinbarungen und Memoranden über die Errichtung von Joint Ventures sowie von anderen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. (XNA, 17.6.93) Insgesamt wurden Handels- und Investmentkontrakte in einer Höhe von 1,5 Mrd. Ringgit (= ungefähr 586 Mio. US\$) abgeschlossen. (XNA, 23.6.93)

Insgesamt haben bisher 37 malaysische Firmen in China investiert.

Immer wieder wurde bei den Verhandlungen auch die Frage einer "chinesischen Bedrohung" angesprochen, die in Asien z.Zt. in aller Munde ist, nachdem China damit begonnen hat, nicht nur sein Waffenpotential weiter aufzustoßen, sondern auch via Birma einen Zugang zum Indischen Ozean zu finden. Die "China-Drohung" sei, wie von chinesischer Seite immer wieder betont wurde, ein von bestimmten Kreisen aufgebracht Gerücht, das in keiner Weise zutrefte, da China fest entschlossen sei, eine "verlässliche Kraft bei der Aufrechterhaltung des Friedens in Asien und in der Welt" zu sein. (XNA, 23.6.93)

Beide Seiten betonten, daß es bilaterale Fortschritte vor allem seit 1992 gegeben habe: In diesem Jahr wurden beispielsweise Abkommen über Informationsaustausch sowie über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Insgesamt gebe es damit acht Vereinbarungen auf Regierungsebene; die anderen seien ein Abkommen über Vermeidung der Doppelbesteuerung, über Seetransport, über Luftverbindungen, über

Handel, über Investitionsschutz und über die Errichtung eines gemeinsamen Wirtschaftskomitees.

Seit 1989, als das bilaterale Handelsvolumen zum ersten Mal die 1 Mrd. US\$-Grenze überschritt, habe sich der beiderseitige Handel jährlich um einen zweistelligen Prozentbetrag vermehrt: 1991 habe er bei 1,33 Mrd. US\$ gelegen, 1992 bei 1,47 Mrd.

Ständig habe sich auch die Zahl der gegenseitigen Besuche erhöht. Zuletzt sei der chinesische Verteidigungsminister Chi Haotian im Mai 1993 nach Malaysia gekommen. Bereits 1991 habe das "malaysische Staatsoberhaupt", Sultan Azlan Shah die VRCh besucht.

Seit der Aufhebung der Handelsbeschränkungen durch die malaysische Regierung i.J. 1990 sei auch der Zahl der malaysischen Staatsbürger, die China besuchten, laufend angestiegen, und zwar von 41.000 i.J. 1990 auf 105.000 i.J. 1992.

Ende 1992 sei ferner eine "Malaysisch-Chinesische Freundschaftsvereinigung" ins Leben gerufen worden. (XNA, 13.6.93)

Malaysia hoffe, daß Chinas Wirtschaft möglichst schnell prosperiere, da eine solche Entwicklung nicht nur gut für China selbst, sondern auch für Malaysia sei. (XNA, 10.6.93)

Während Mahathirs Besuch begann in Beijing eine malaysische Filmwoche. (XNA, 16.6.93) Außerdem besuchte Mahathir muslimische Gemeinden in Xinjiang und in der Provinz Yunnan und stattete zum Abschluß auch der Wirtschaftssonderzone Shenzhen (vor den Toren Hongkongs) eine Visite ab. (XNA, 22.6.93)

Trotz weiterbestehender Probleme (Spratley, Sicherheitslage in Asien) zeigte sich Mahathir am Ende seiner Visite optimistisch: Beide Seiten "scheinen dieselben Ansichten" in internationalen, regionalen und bilateralen Fragen zu haben, sagte Mahathir bei einer abschließenden Pressekonferenz. Auch in der Frage der Menschenrechte bestünden gleiche oder ähnliche Ansichten. -we-

\*(4)

#### Nahostpolitik

Vom 19. bis 24. Juni 1993 stattete der israelische Vizeministerpräsident und Außenminister Shimon Peres der VR

China einen offiziellen Besuch ab, nachdem er vorher bereits in Indien gewesen war. Besprochen wurden politische und wirtschaftliche Fragen. Peres gab bekannt, daß er den Unternehmern seines Landes Investitionen in China empfehlen wolle, und außerdem kündigte er die Absicht Israels an, demnächst in Shanghai ein Generalkonsulat zu eröffnen. (XNA nach SWB, 27.5.93)

Besonders wichtig im bilateralen Verhältnis ist die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung. Kein Zweifel, daß dieses Thema den Kern der Gespräche gebildet hat. Offiziell ließ die chinesische Seite lediglich durchblicken, daß sie daran interessiert sei, am israelischen Satellitenprogramm beteiligt zu sein. Möglicherweise werde der israelische Satellit "Amos" mit einer chinesischen Rakete in den Weltraum abgeschossen. Allerdings müsse es zu diesem Zweck noch zu Besprechungen zwischen den Technologieministerien kommen.

Der chinesische Außenminister Qian Qichen soll außerdem "erneut versprochen haben, daß die VRCh keine Raketen an arabische Länder, schon gar nicht an den Iran und Syrien verkaufen" werde. (Radio Jerusalem in SWB, 22.5.93)

Es war wohl kein Zufall, daß noch am Vorabend der Ankunft des israelischen Außenministers "PLO-Berater" Yasir Arafat nach China gekommen war. Arafat kündigte bei seiner Abreise in Kairo am 16. Mai an, daß er China und Japan insgesamt zehn Tage lang besuchen wolle. (Middle East News Agency in: SWB, 20.5.93)

Außenminister Qian Qichen gab nach seinem Treffen mit Arafat am 18. Mai bekannt, daß die chinesische Regierung weiterhin die "gerechte Sache" des palästinensischen Volkes unterstützen wolle. (XNA nach SWB, 26.5.93) Auch bei den Besprechungen zwischen Qian und Peres spielte die PLO-Frage eine zentrale Rolle. (XNA in SWB, 26.5.93)

Peres betonte mehrmals das israelische Interesse, zwischen "den zwei alten asiatischen Völkern" wirtschaftliche, wissenschaftliche, technologische, landwirtschaftliche und nicht zuletzt auch kulturelle Beziehungen herzustellen oder weiter auszubauen. (XNA in SWB, 17.5.93)

China erklärte sich damit einverstanden und betonte gleichzeitig, daß es sich weiterhin um Frieden in der nahöstlichen Region bemühen wolle. (XNA, 21.5.93)

Die Beziehungen zwischen China und Israel finden nicht nur auf Regierungsebene statt, sondern sind auch "volksdiplomatisch" flankiert: Am 21. Juni 1993 beispielsweise nahmen die beiden größten Hafenstädte der beiden Länder, nämlich Shanghai und Haifa, Partnerschaftsbeziehungen auf. (XNA, 22.6.93)

Bereits Anfang Mai war eine Delegation mehrerer israelischer Bürgermeister durch China gereist. (Radio Shandong in SWB, 8.5.93)

Mitte Mai 1993 war beschlossen worden, daß die Arabische Liga in Beijing ein eigenes Büro einrichtet. Der Liga gehören z.Zt. 21 Mitglieder an. (XNA, 20.5.93)

Am 21. Juni startete eine chinesische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Lanqing in die Golfregion, um mit den dortigen Ländern, wie es hieß, "den Handel, die Investitionen und die Entsendung von Arbeitskräften" zu besprechen. (XNA, 21.6.93) Li hatte Unterredungen mit den Mitgliedern des "Golf-Kooperationsrats", dem die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Saudi-Arabien, Oman, Qatar und Kuwait angehören, und sprach außerdem mit der iranischen Regierung.

Bei den Gesprächen ging es u.a. um den baldigen Abschluß von Investitionsschutzverträgen.

In der Begleitung Lis befanden sich führende Mitglieder der chinesischen Ölindustrie und die Chefs der Außenhandelsgesellschaften für Chemie, Textilien, Leichtindustrie, Ausrüstungen, Technologie, Metalle und Mineralien. (XNA, 21.6.93)

Mit den Mitgliedern des Golf-Kooperationsrats und mit dem Iran hatte die VRCh i.J. 1992 einen Gesamthandelsaustausch von 2,1 Mrd. US\$. China exportierte dorthin Waren für 1,1 Mrd. und importierte Waren für 600 Mio. Der Handel mit dem Iran belief sich auf 400 Mio. US\$. (FT, 22.6.93)

Über den Raketenangriff der US-Marine auf das iranische Geheimdienstzentrum in Bagdad am 26. Juni drückte die VR China ihre "tiefe Besorgnis" aus. (XNA, 29.6.93) -we-

\*(5)

#### Zahlreiche Treffen mit lateinamerikanischen Militärs

Am 5. April traf der chinesische Verteidigungsminister Chi Haotian in Beijing mit dem Verteidigungsminister von Uruguay zusammen. Man sei beiderseits am Ausbau der Verbindungen interessiert, hieß es. (XNA, 6.4.93)

Einige Tage später, nämlich am 23. April, traf Chi Haotian mit dem Oberkommandierenden der chilenischen Streitkräfte, General Pinochet, zusammen, dessen Delegation am 21. April auf Einladung des Generalstabs der VBA nach China gekommen war. Beide Seiten hätten eine "herzliche Unterhaltung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Streitkräften beider Länder" geführt, hieß es in Xinhua. (Nach SWB, 29.4.93; XNA, 24.4.93)

Am 15. Mai wurden kubanische Armeeoffiziere von "hochrangigen Offizieren der VBA" in Beijing empfangen. Man habe sich über die logistischen Beziehungen zwischen beiden Armeen unterhalten, hieß es. (XNA, 16.5.93) -we-

\*(6)

#### China und Kuba wollen enger zusammenarbeiten

Vom 19. bis 26. Juni besuchte der kubanische Außenminister R.R. Gonzales die VR China. Nach einem Gespräch mit seinem Amtskollegen Qian Qichen hieß es, daß die "gegenseitigen Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren verstärkt worden" seien. China und Kuba unterstützten einander und hätten in internationalen Angelegenheiten "auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" gut zusammengearbeitet. Qian habe seinen Amtskollegen über die chinesischen Reformen unterrichtet. (XNA, 22.6.93)

Nachdem die Beziehungen zwischen China und Kuba wegen der engen Ablehnung Havannas an Moskau jahre-

lang blockiert gewesen waren, hat sich seit 1989 wieder ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden Seiten entwickelt, vor allem, nachdem Kuba im Anschluß an das Tiananmen-Massaker sein Verständnis für die Handlungsweise der chinesischen Führung demonstrativ bekundet hatte.

Tian Jiyun, der Stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, hob bei seinem Gespräch mit dem kubanischen Außenminister hervor, China glaube, "daß Kuba unter der Führung seines Präsidenten Fidel Castro alle gegenwärtigen Schwierigkeiten durch Wahrung des Geistes der Autarkie und der harten Arbeit überwinden" werde. (XNA, 22.6.93)

Auf den kubanischen Außenminister wirkten diese Worte offensichtlich wie Balsam. Nur noch selten findet sich ein Land, das den Kubanern in ihrer tristen Situation Zuspruch leistet.

Zu großen Abmachungen wirtschaftlicher Art scheint es zwischen beiden Seiten allerdings nicht gekommen zu sein: Kuba hat kaum Waren, die für China besonders attraktiv sind, und umgekehrt ist die VRCh nicht mehr bereit, "revolutionäre" Gratshilfe an alle Welt zu verteilen. Umgekehrt weiß Kuba seine wenigen Devisen in anderen Ländern offensichtlich besser anzulegen als ausgerechnet in der VRCh.

Die Gespräche hatten also weitgehend nur atmosphärischen Charakter. Mit kubanischen Militärvertretern waren zwar bereits Mitte Mai Gespräche geführt worden, doch ist kaum zu erwarten, daß die VR China nun in das logistische Vakuum einspringt, das die untergegangene Sowjetunion in Kuba hinterlassen hat, zumal die VRCh in diesem Fall noch das Mißtrauen der USA auf sich zöge.

Immerhin wurde zwischen beiden Seiten ein Zivilluftfahrtabkommen geschlossen. -we-

\*(7)

#### Illegale Zuwanderung von Chinesen in die USA

Im August 1991 landete das erste von bisher 16 Schiffen, die bis Mitte Juni 1993 angeblich 2.200 "undocumented immigrants" an den Küsten der USA (und teilweise südlich von Kalifornien auch in Mexiko) absetzten. Das erste

Schiff, das in Los Angeles ankam, hatte noch 131 Flüchtlinge an Bord. Seitdem hat sich die Zahl der Immigranten von Schiff zu Schiff erhöht. Längere Zeit verhielten sich die amerikanischen Einwanderungsbehörden ratlos. Erst als es am 6. Juni 1993 zum Kentern eines 45 m langen Schiffes, der "Golden Venture", am Strand von Queens kam, wobei mehrere chinesische Passagiere, die sich durch einen Sprung ins Wasser zu retten versuchten, ums Leben kamen, hat die US-Regierung einen harten Kurs eingeschlagen, zumal sie inzwischen Nachrichten darüber erhielt, daß hinter der Einwanderungswelle kriminelle Schlepperbanden stünden, einige aus Hongkong und Taiwan, andere aus China und Auslandschinesengemeinden in den USA. Angeblich werden die Immigranten auch gezwungen, nachträglich bis zu 30.000 US\$ an die Schleppersyndikate zu zahlen, wobei sie häufig in die Prostitution oder in den Drogenhandel getrieben werden. (AWSJ, 9.6.93)

Aus der Sicht der amerikanischen Regierung und des "Immigration and Naturalization Service" (INS) ist die Einwanderung der Chinesen inzwischen zu einer "national security issue" geworden, zumal Gerüchte darüber auftauchten, daß sich z.Zt. (d.h. damals Mitte Juni) rd. 20-40 weitere Schiffe mit "menschlicher Fracht" im Anmarsch auf die USA befänden. (SCMP, 13.6.93)

Ein weiteres Schiff wurde von der amerikanischen Küstenwache an der Grenze zu den nationalen Gewässern der USA aufgehalten und trieb dort mehrere Wochen, ehe es Mitte Juli 1993 vor den Küsten Mexikos aufkreuzte und dort "aus humanitären Gründen" in den Hafen gelassen wurde - allerdings mit dem Hinweis, daß die Einwanderer auf schnellstem Wege zurück in ihre Heimat geschafft würden.

Die Amerikaner fanden mit ihrer Klage bei den chinesischen Behörden volles Verständnis. Auch China kämpfte gegen "illegale Auswanderung" und verhängte z.T. harte Strafen, doch könne es den von internationalen Schmugglerbanden inzwischen systematisierten Prozeß nicht durchwegs überwachen. (XNA, 4., 11. und 13.6.93) Die illegalen Auswanderer seien sowohl "Gesetzesbrecher als auch Opfer". Offensichtlich betrachten die Chinesen die amerikanischen Vorwürfe auch als nationale Demütigung, mit der ein Gesichts-

verlust der VRCh verbunden ist. Freilich könne man, wie gesagt, gegen die internationalen Schmugglerbanden, die alle im Ausland ihren Sitz hätten, keine hundertprozentigen Erfolge erzielen. (XNA nach SWB, 15.6.93) Die Volksrepublik China sei bereit, mit den US-Behörden zusammenzuarbeiten, doch sollten die USA gefälligst ihre Gesetze überarbeiten und die Ankömmlinge sofort zurückschicken, sie also nicht ewig und drei Tage bis zur Ermittlung der Personalien festhalten; sonst werde diese Politik noch als eine Art Einladung aufgefaßt. (Ebenda)

Nach amerikanischen Ermittlungen sind bereits zwischen 1987 und 1991 rd. 100.000 Chinesen illegal in die USA gekommen. (IHT, 16.6.93) -we-

\* (8)

#### Olympische Spiele: China zeigt sich empört über US-Intervention

Am 10. Juni 1993 gab das "Subkomitee für Menschenrechte" des "U.S. House of Representatives Committee on Foreign Affairs" eine Resolution heraus, die sich "scharf gegen die Abhaltung der Olympischen Sommerspiele i.J. 2000 in Beijing oder in einer anderen Stadt der VR China" wandte. Es gehe einfach nicht an, daß ein Land, in dem politische Gefangene festsäßen und in dem pausenlos gegen Menschenrechte verstoßen werde, eine Sympathiewerbung weltweiten Ausmaßes betreiben und damit seine Untaten auch noch kaschieren könne. (SCMP, 19., 21. und 24.6.93)

Der Vizepräsident des Antragskomitees der Stadt Beijing für die Olympischen Spiele 2000, He Zhenliang, empörte sich am 23. Juni bei einer IOC-Konferenz in Lausanne über diese Intervention und wies darauf hin, daß die chinesische Regierung den Menschenrechten immer allerhöchste Bedeutung beigemessen habe. Verschiedene Länder aber hätten nun einmal verschiedene Menschenrechtskonzepte. Ein chinesisches Sprichwort besage: "Einmal sehen ist besser als hundertmal hören". Die Kritiker mögen doch bitte nach China kommen und sich mit eigenen Augen von der dortigen Menschenrechtssituation ein Bild verschaffen. Sie seien dann ganz gewiß schnell anderer Meinung. (XNA nach SWB, 28.6.93)

Auch IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch wandte sich am 24. Juni in Lausanne gegen die Resolution und wies darauf hin, daß niemand sich in die "Unabhängigkeit des IOC" einmischen dürfe, und daß der US-Kongreß deshalb gebeten werde, seine Resolution gegen Beijing wieder fallen zu lassen. (Ebenda)

Die amerikanische Initiative hat Beijing an zwei empfindlichen Stellen getroffen: Erstens riß sie die notdürftig geheilte Wunde vom Juni 1989 neu auf; zweitens hat sie das Thema der Menschenrechte nur wenige Monate vor der Entscheidung über die Vergabe der Olympischen Spiele 2000 - nämlich am 23. September 1993 in Monaco - neu aufgetischt. Um die Spiele bewerben sich neben Beijing noch Sidney, Manchester, Brasilia, Istanbul und Berlin. we-

---

## Innenpolitik

---

\* (9)

#### Konstituierende Tagungen der neugewählten Provinzvolkskongresse abgeschlossen

In der provinzfremen Stadt Tianjin trat im Juni der letzte der neugewählten Volkskongresse auf Provinzebene zu seiner konstituierenden Tagung zusammen. Damit sind seit Januar 1993 in allen 30 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene (Provinzen, Autonome Gebiete und provinzfremde Städte) die neugewählten Volkskongresse zu ihren konstituierenden Tagungen zusammengetreten. Zum neuen Bürgermeister von Tianjin wurde Zhang Lichang (54) gewählt, der gleichzeitig stellvertretender Parteisekretär von Tianjin und ZK-Mitglied ist. Zum Vorsitzenden des Volkskongresses von Tianjin wurde der bisherige Bürgermeister Nie Bichu gewählt. (XNA, 20.6.93)

Eine Analyse aller Personalentscheidungen für die Spitzenpositionen auf Provinzebene zeigt, daß die personelle Verflechtung von Partei- und Regierungsamt sehr stark ist:

- 28 der 30 neu- oder wiedergewählten Gouverneure (bzw. Bürgermeister oder Vorsitzenden der Volksregie-

rungen) sind Mitglied (23) oder Kandidat (5) des XIV. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas. Dies ist ein deutliches Indiz dafür, daß bereits kurz vor dem XIV. Parteitag der KPCh im Oktober 1992, auf dem das neue ZK gewählt worden war, feststand, welche Politiker im Frühjahr 1993 zu Provinzgouverneuren "gewählt" werden sollten. Geradezu sensationell weigerten sich die Provinzparlamente von Guizhou und Zhejiang dieses Spiel in "sozialistischer Demokratie" mitzumachen und wählten eigene Kandidaten zu Provinzgouverneuren. Deshalb mußte die offizielle Nachrichtenagentur "Neues China" einräumen, daß nur 99% aller gewählten Provinzführungskader zuvor von KPCh-Gremien hierfür nominiert gewesen seien (XNA, 28.6.93).

- In 21 der 30 neugewählten Parlamente auf Provinzebene wird die Position des Parlamentspräsidenten von einem Politiker bekleidet, der gleichzeitig entweder Parteisekretär oder einer der stellvertretenden Parteisekretäre auf Provinzebene ist.

- Noch enger ist die personelle Verflechtung von Partei- und Staatsorganen bei der Position des Regierungschefs auf Provinzebene: In 26 von 30 Provinzen ist der Gouverneur gleichzeitig stellvertretender Provinzparteisekretär oder sogar Provinzparteichef. Ausnahmen von der Regel sind lediglich die Provinzen Guizhou, He'nan, Shanxi und Zhejiang. -sch-

\* (10)

#### Li Peng wieder öffentlich aufgetreten

Ministerpräsident Li Peng, der wegen einer offenbar schwereren Erkrankung sieben Wochen lang nicht öffentlich aufgetreten war, empfing am 14. Juni 1993 den malaysischen Premier Mahathir zu einem 80minütigen Gespräch. Li Peng nahm auch an der offiziellen Begrüßungszeremonie für Mahathir teil, die jedoch aus Rücksicht auf Lis Gesundheitszustand nicht vor, sondern in der Großen Halle des Volkes stattfand. Über das Aussehen von Li Peng gab es unterschiedliche Darstellungen: "blaß und abgezehrt" (AFP in SZ, 15.6.93), "lächelnd und ziemlich gesund aussehend" (SCMP, 15.6.93), "munter und im großen und ganzen gesund aus-